

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Kommunale Gestaltungsfreiheit mit Blick auf die Kinderbetreuung ...

... ist ein hohes Gut, das in großer Verantwortung genutzt wird. Landesweit existieren unterschiedliche Voraussetzungen, die individuelle Lösungen erfordern. Vor Ort weiß man in der Regel besser, was erforderlich, angemessen und umsetzbar ist.

... ist im Jahr 2006 ohne Not von der damaligen schwarz-gelben Koalition eingeführt worden. Sie führte zu einem Flickenteppich unterschiedlicher und ungerechter Elternbeitragsregelungen, den wir in NRW nun leider haben.

Eine Regelung mit landesweit einheitlichen Elternbeiträgen halte ich für ...

... eine Beschränkung kommunaler Gestaltungsfreiheit. Aus diesem Grund gibt es sie in keinem anderen Bundesland. Wichtiger ist, dass einkommensschwache Haushalte keinen Beitrag zahlen. Das gewährleisten die Kommunen durch soziale Staffelung mit großem Engagement.

... grundsätzlich wünschenswert; sie ist aber nur in Form einer kompletten Beitragsbefreiung für alle Kinder im Kindergarten realisierbar.

Die im Juli beschlossene Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres ist in meinen Augen ...

... handwerklich schlecht gemacht und vor allem kein Mittel für bessere Qualität in der frühen Bildung. Die Kinder sind dabei die doppelten Verlierer, weil genau sie unsere Schuldenberge später abtragen müssen.

... ein weiterer wichtiger Schritt hin zur gebührenfreien Bildung, damit alle Kinder optimal gefördert werden können und gleichzeitig der Geldbeutel der Eltern entlastet wird. Diese Maßnahme bringt den jungen Familien mehr als jede Kindergelderhöhung.

Die Gebührenbefreiung von Geschwisterkindern ...

... stellt eine zusätzliche Unterstützung für Familien mit mehreren Kindern dar. Deshalb ist Frau Schäfers Beitragsfreiheit unsozial, wenn sie zu Gebühren für jüngere Geschwisterkinder führt, die bisher kostenlos zur Kita gehen konnten.

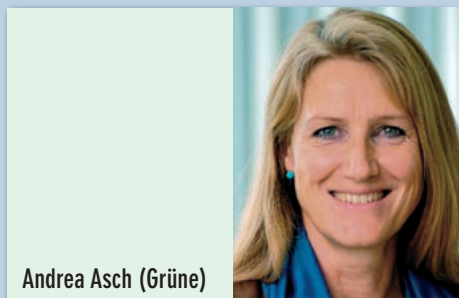
... soll auch die Familien mit mehreren Kindern spürbar entlasten. Einige Kommunen wollen die Beitragsbefreiung im letzten Kita-Jahr nicht umsetzen, sondern über die Geschwisterkinder bei Eltern und beim Land doppelt abkassieren. Diese Haushaltssanierung auf dem Rücken der Kinder ist unerträglich!

Mehr Qualität in der Betreuung bedeutet für mich...

... dass das Kind im Mittelpunkt steht. Sofern finanzierbar, könnte ich mir z.B. mehr U3-Plätze, mehr Familienzentren, mehr individuelle Förderung, mehr Flexibilität für die Eltern, mehr Personal, kleinere Betreuungsgruppen sowie bessere Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher vorstellen.

... vor allem der Einsatz von mehr Personal in den Einrichtungen. Deshalb haben wir den U3-Bereich wieder für Kinderpflegerinnen geöffnet und in einem ersten Schritt zusätzlich 100 Millionen Euro für zusätzliches Personal bereitgestellt. Weitere Maßnahmen werden folgen.

Diesmal zum Thema Kinderbildung.



Andrea Asch (Grüne)

... muss Eltern, die pädagogischen Fachkräfte und Träger einbeziehen, um zu größtmöglicher Kinder- und Familienfreundlichkeit zu kommen. Nach Bundesgesetz sind die Kommunen für die Kinderbetreuung verantwortlich. Landesrechtliche Vorgaben sind unverzichtbar, um die Finanzierung und Qualität zu gewährleisten.

Eine Regelung mit landesweit einheitlichen Elternbeiträgen ist von Schwarz-Gelb abgeschafft worden. Eine Wiedereinführung würde ca. 180 Millionen kosten. Eine grundsätzlich beitragsfreie gesamte Bildungskette ist ein erstrebenswertes Ziel. Der Landeshaushalt lässt das jedoch derzeit nicht zu.

... richtig, da die Kosten über die Erhöhung der Grunderwerbssteuer seriös gegenfinanziert sind. Dies gilt auch für die Abschaffung der Studiengebühren. Für den Bildungserwerb in der Kita darf es gerade für sozial benachteiligte Familien keine finanziellen Hinderungsgründe geben.

... wurde von CDU/FDP 2006 landesweit abgeschafft und liegt nun in kommunaler Entscheidungshoheit. Nach anfänglichen Unsicherheiten gehen die Kommunen in der Regel damit verantwortlich um. Städte und Gemeinden, die jetzt mehr Geld vom Land bekommen als die Eltern bisher zahlten, sollten das in die Kitas investieren.

... das wichtigste Ziel in der Kinderbetreuung. Qualität hängt von der Personalausstattung ab, Rot-Grün finanziert daher 3.000 zusätzliche Stellen für die Kitas. Hinzu kommen 1.000 zusätzliche Stellen für Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten, die wir anteilig mitfinanzieren.



Marcel Hafke (FDP)

... ist grundsätzlich richtig. Die Kommunen wissen am besten, welche Bedürfnisse vor Ort bestehen. Das entbindet die Landespolitik natürlich nicht von der Verantwortung, zu große Unterschiede, etwa bei den Elternbeiträgen, in den Blick zu nehmen.

... zu starr. Da sich die Kommunalisierung der Beitragshebung jedoch nicht flächendeckend bewährt hat, setzt sich die FDP für landesweite Höchstgrenzen für kommunal festgesetzte Beiträge ein.

... ein teures Wahlgeschenk von Rot-Grün, das mit einem schlecht gemachten Gesetz auf den Weg gebracht wurde und Chaos in den Kommunen angerichtet hat. Die Eltern wünschen sich vor allem Qualitätsverbesserungen, die Vorrang vor der Beitragsfreiheit haben müssen, aber jetzt nicht mehr finanzierbar sind.

... ist eine gute Maßnahme, die viele Kommunen in ihren Beitragssatzungen vorsehen. Die miserable Umsetzung der Beitragsfreiheit führt aber jetzt dazu, dass viele Eltern mehr zahlen müssen.

... mehr und gut ausgebildetes Personal, bessere Vertretungsregelungen, Flexibilität der Betreuungszeiten, Angebote der frühen Förderung, U3-Ausbau. Hier muss investiert werden, damit die Kinder beste Bildung und Erziehung und die Eltern ein passendes Angebot erhalten.



Dr. Carolin Butterwegge (Linke)

... darf für die Landesregierung keine Ausrede sein, sich der eigenen Verantwortung für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu entziehen. Die Kommunen müssen hier unterstützt werden. Wir brauchen landesweit bessere Bedingungen für Kinder, Eltern und Beschäftigte.

... absolut notwendig, damit der Zugang zur Kita für Kinder nicht wie bisher vom Wohnort der Eltern abhängig ist und alle Kinder gefördert werden. NRW gewinnt so ein Stück soziale Gerechtigkeit zurück, Eltern werden finanziell entlastet und Kinder erhalten einen guten Start ins Leben.

... ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit und muss ausgebaut werden, bis Bildung in Gänze gebührenfrei ist. Nun muss die Politik zügig weitere Kitajahre beitragsfrei stellen. Wenn es dafür im Landtag keine Mehrheit gibt, sind landesweit einheitliche Elternbeiträge das Mindeste.

... muss in allen Städten und Gemeinden garantiert sein. Dafür müssen gerade ärmere Kommunen auch finanziell unterstützt werden. So fördern wir in NRW Familien und nehmen jungen Eltern die Angst, durch mehrere Kinder in die Armutsfalle zu geraten.

... jedem Kind in seiner Einzigartigkeit gerechtzuwerden und ihm die bestmögliche Betreuung, Erziehung und Bildung anzubieten. Dies erreichen wir nur, wenn sich die Arbeitsbedingungen in den Kitas grundlegend verbessern. Mehr Qualität verlangt flächendeckend das Prinzip „Gute Arbeit!“.